

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 16 (1936-1937)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Sicherung der Demokratie  
**Autor:** Heeb, Friedrich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332758>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

zelen, wohl aber im ganzen gesehen, ins Hintertreffen geraten. Die besten Kräfte des Landes wandern ins Ausland, weil für den Ausbau der wissenschaftlichen Institute keine genügenden Mittel zur Verfügung stehen.

Voraussetzung dieser *Wendung* der schweizerischen Wirtschaftspolitik ist aber, daß die finanzkapitalistischen Interessen mit aller Schärfe bekämpft werden. *Die Schweiz muß aus einem Banken- wieder ein Industrieland werden.* Die Abwertung bedeutete nur einen ersten Schritt auf diesem Wege. Sie hat die internationale Stellung unserer Großbanken als finanzkapitalistische Zentren stark erschüttert. Die Goldpolitik des Bundesrates weckt aber den Verdacht, als ob auch heute noch nicht die produktiven Unternehmerinteressen, sondern vor allem die Interessen des finanzkapitalistischen Anlagekapitals geschützt und gefördert werden sollen. Das Bankwesen der Schweiz muß auf sein natürliches Maß abgebaut werden. Die Kapitalausfuhr ist zu unterbinden. Kapitalien der Sparer müssen zu *produktiver Anlage im Inland* bereitgestellt werden.

*Die Schweiz muß neu industrialisiert werden.* Gelingt dies nicht, dann bricht mit der hohen schweizerischen Lebenshaltung auch die schweizerische Demokratie zusammen, denn im Kampfe um einen sich immer mehr verkleinernden »Kuchen« wird nicht die Arbeiterschaft, sondern werden die faschisierten besitzenden Kreise siegen.

---

## Sicherung der Demokratie

Von Friedrich Heeb.

Der *Schweizerische Gewerkschaftskongreß*, der am 9. und 10. Oktober in Bern tagte, stimmte bei Anwesenheit von gegen 300 stimmberechtigten Delegierten mit allen gegen nur 2 Stimmen den von Genosse Dr. Max Weber in seinem Referat eingehend begründeten »*Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie*« zu. Ein Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Bauernheimatbewegung (Jungbauern), der Angestelltenverbände und des Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter hat diese Richtlinien ausgearbeitet. Zur Mitarbeit an der Aktion auf der Basis dieser Richtlinien sind alle wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie Einzelpersonen eingeladen. Sie müssen sich aber zuvor auf folgende *Grundsätze* verpflichten:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung

nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.

Obschon sowohl die Richtlinien selbst wie das Referat des Genossen Dr. Max Weber am Berner Kongreß keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß mit den Kommunisten weder innerhalb noch außerhalb des programmatischen Rahmens der »Richtlinien« an eine Zusammenarbeit gedacht wird, war es die Kommunistische Partei der Schweiz, die als erste 24 Stunden nach dem Berner Kongreß durch ihr Sekretariat verkünden ließ, sie trete den Richtlinien vollkommen und ohne jeden Vorbehalt bei. Daß es sich hier um eine regelrechte Schindluderei handelt, liegt auf der Hand.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wird an einem kommenden Parteitag darüber entscheiden, ob sie den Richtlinien beitreten will oder nicht. Zuvor sollen alle Parteisektionen Gelegenheit haben, in demokratischer Weise zu der Sache Stellung zu nehmen. Unsere Partei ist nicht diktatorisch geleitet, sie kann und will Entscheidungen von solcher Tragweite nicht einmal durch den schweizerischen Parteivorstand, geschweige denn durch die Geschäftsleitung oder — wie bei den Kommunisten — durch das Sekretariat treffen.

Es ist zu hoffen, ja bestimmt zu erwarten, daß unser Parteitag den »Richtlinien« mit großer Mehrheit seine Zustimmung geben und damit die Voraussetzung für ein gedeihliches und kraftvolles Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Partei schaffen wird. An dieser Zusammenarbeit, an einem harmonischen Verhältnis zwischen der Spitzenorganisation der schweizerischen Gewerkschaftsverbände und der Sozialdemokratischen Partei hat es in den letzten Jahren anerkanntermaßen gemangelt. Soweit dabei programmatische Differenzen im Wege standen, hat sie die Programmrevision am Luzerner Parteitag im Februar 1935 aus dem Wege geräumt, und wenn auch die Ablehnung der Wehrkredite am Zürcher Parteitag vom Juni 1936 mit 9 Stimmen mehr Nein als Ja eine neue schädliche Dissonanz hervorrief, so hat der seitherige Verlauf der innerschweizerischen wie der gesamteuropäischen Entwicklung den unbedingten Befürwortern der Wehrkredite so weitgehend Recht gegeben, daß derartige Rückfälle wohl kaum mehr zu gewärtigen sind. Im großen und ganzen haben alle einsichtigen und verantwortungsbewußten Genossen in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz seit Jahren dem gleichen taktischen und programmatischen Ziel zugestrebt, das der Gewerkschaftsbund verfolgt und das in den »Richtlinien«, wie sie der Berner Gewerkschaftskongreß beschloß, nur eine festere und breitere Fundierung erfahren hat.

Die Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes in den »Richtlinien« beziehungsweise in den oben zitierten vier Grundforderungen entspricht so sehr aller Erfahrung in der jüngsten Vergangenheit, daß eine andere Haltung als die vorbehaltlose Zustimmung zu den vier erwähnten Grundforderungen einer Selbstaufgabe unserer Partei gleichkäme.

Der gänzliche Bruch zwischen uns und den Kommunisten überall dort, wo bis vor einigen Wochen oder Monaten lokal oder kantonal eine gemeinsame Zusammenarbeit von SP. und KP. in Erscheinung trat, ist nach dem Moskauer Staatsprozeß gegen die 16 angeblichen trotzkistischen Verschwörer mit Ausnahme von Genf zu einer vollzogenen Tatsache geworden. Dieser Bruch wäre nach meiner Ueberzeugung in allernächster Zeit auch ohne die aufrüttelnden und empörenden Erschießungen der Sinowjew, Kamenew usw. auf Befehl Stalins erfolgt. In Baselstadt rückte unsere Partei schon im Frühling dieses Jahres mit weithin hörbarem Ruck von der KP. ab, als diese das Finanzprogramm der roten Regierungsmehrheit zu torpedieren begann. Bekräftigt wurde der Trennungsstrich, als die Basler Kommunisten ihren demagogischen Propagandafeldzug gegen den »Arbeitsrappen« einleiteten, bei dem sie sich allerdings in der Volksabstimmung vom 4. Oktober 1936 trotz allen in ihrer Verwerfungspropaganda sehr günstigen psychologischen Momenten unmittelbar nach der Abwertung des Schweizerfrankens einer Niederlage holten.

\*

Der demokratische Sozialismus knüpft damit, daß er zwischen sich und der Komintern samt allen ihren Landesfilialen einen scharfen Trennungsstrich zieht, nur an die besten Traditionen seiner Geschichte an, handelt nach der Maxime auch jener großen Sozialisten, die ihr ganzes Leben lang glühende Revolutionäre waren und ihre revolutionäre Gesinnung mit dem Tode durch reaktionäre Mörderhand bezahlten.

*Rosa Luxemburg* und *Leo Jogiches* waren die Begründer des *deutschen Spartakus-Bundes*, aus dem später die Kommunistische Partei Deutschlands hervorgegangen ist. Beide fügten sich zwar der ihnen von einer Mehrheit gegen ihre eigene bessere Ueberzeugung aufgezwungenen Umwandlung des Spartakus-Bundes in eine selbständige Partei. Sie haben diese Umwandlung aber als einen wohl kaum wieder gutzumachenden Fehler der proletarischen Politik bezeichnet. Es steht auch fest, daß die Geburt der Kommunistischen Partei Deutschlands außer von den russischen Kommunisten von niemand gewollt war. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches billigten den russischen Bolschewisten wohl einen *moralischen* Einfluß auf die deutsche revolutionäre Bewegung zu, *sprachen ihnen aber jedes Recht der Führung und der Einmischung* ab. Leo Jogiches befand sich seit langen Jahren in schärfster Fehde mit Lenin. *Rosa Luxemburg weigerte sich überhaupt, den Vertreter der russischen bolschewistischen Partei, das heißt Lenins, zu empfangen.*

In den Januartagen 1919, also in dem Monat, da Rosa Luxemburg und Leo Jogiches als erste Opfer der deutschen Konterrevolution von Mörderhand fielen, wurde unter dem Titel »*Was will der Spartakus-Bund*«? ein Kampfruf veröffentlicht, der als Programm des Spartakus-Bundes auch heute noch größte moralische und grundsätzliche Bedeutung hat. Dieses Programm des Spartakus-Bundes war die gemeinsame Arbeit von *Rosa Luxemburg* und *Leo Jogiches*. Alles, was

die russischen Bolschewiki nachher getan haben und was sie durch die Kommunistische Internationale der gesamten europäischen Arbeiterbewegung als taktisches und programmatisches Ziel aufzuzwingen suchten, wird in diesem Spartakus-Programm *aufs schärfste abgelehnt*. Wörtlich heißt es in diesem Spartakus-Programm:

»In den *bürgerlichen Revolutionen* war *Blutvergießen*, Terror, *politischer Mord* die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klasse.

*Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft*, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena bricht, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. *Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln*, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Der Spartakus-Bund ist keine Partei, die über der Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Die Spartakus-Bund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

*Der Spartakus-Bund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders, als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakus-Bundes.*«

Ein österreichischer sozialistischer Schriftsteller hat in einer 1933 erschienenen umfangreichen Schrift (Oskar Trebitsch: »In Moskau saß der Feind«) darauf hingewiesen, daß man mit dem Bolschewismus ebenso wenig wie mit dem Faschismus paktieren könne. Man müsse ihn bekämpfen oder sich ihm unterwerfen. Wörtlich heißt es in dieser Schrift:

»Entweder gibt sich der demokratische Sozialismus auf, um den für die Freiheitsbewegung des Proletariats lebensgefährlichen Versuch zu machen, an der Seite und unter der geistigen Führung des Kommunismus Europa dem asiatischen Sozialismus zu unterwerfen, oder er entschließt sich, den schweren Kampf gegen den Faschismus mit den nichtsozialistischen Demokraten Europas gemeinsam durchzusetzen, den Sozialismus als die in Klassenkämpfen reifende Frucht der Demokratie zu erkennen und die Aktion des Leninismus auf jene Gebiete zurück zu verweisen, die nie den Samen des europäischen Humanitätsgedankens und des kritischen Idealismus empfangen haben, von dem der demokratische Sozialismus befruchtet wurde ... Die Notwendigkeit einer neuen grundsätzlichen Gesinnung ist unausweichlich und wird täglich dringender, weil der Kampf gegen den Faschismus und gegen jene politischen Kräfte Mitteleuropas, die ihn benützen, ein Kampf auf Leben und Tod wäre.«

Der gleiche österreichische Schriftsteller macht auch mit Recht darauf aufmerksam, daß »eine sozialistische Partei nicht in dieser Gegenwart leben, wirken und Institutionen schaffen kann, ohne sich mit ihrem Schicksal auf Gedeih und Verderben zu verflechten, wovor auch die Stellung als Opposition

*keine solche Partei bewahrt.*« Die Koalition mit bürgerlichen Parteien beweise nur die Einsicht in reale Schicksalsverbundenheit von Gegenwartsstaat und Proletariat.

Es sei aber nicht einzusehen, warum denn das Proletariat *abwarten* solle, bis eine *akute Staatskrise* den Bestand des Staates und des Proletariats in ihm zugleich bedrohe, warum es nicht die geschichtliche Pflicht und das Recht haben sollte, durch grundsätzliche Bereitschaft zur rechtzeitigen Mitarbeit am demokratischen Staate zu verhüten, daß solche Situationen überhaupt eintreten. Wir würden, so bemerkt Trebitsch vergleichsweise, jeden Arzt einen Unmenschen nennen, der erklären würde, er komme zum Kranken nur, wenn schon Todesgefahr da sei, denn er sei für Prophylaxe nicht zu haben. Der erwähnte Autor erklärt auch, *eine verantwortungsbewußte sozialistische Politik müsse sich hüten, eine Agitation zu betreiben, die den Massen die Revolution verspreche, aber nicht liefere.* Er kommt daher zu folgender Forderung:

»Eine Kulturbewegung von der Bedeutung des demokratischen Sozialismus bedarf heute dort, wo sie vor aller Welt zu aller Welt spricht, also in ihrer internationalen Zusammenfassung, *restloser Eindeutigkeit ihrer Grundsätze und ihrer taktischen Parolen*, kurz, jene Unbedingtheit eines gefestigten Willens, der alle davon überzeugt, *es werde da nichts gesagt, das nicht auch morgen getan werden könnte, und es werde morgen nicht getan werden, was nicht heute gesagt wurde.* Der demokratische Sozialismus kann nur dann neu erstarkt aus seiner Krise hervorgehen, wenn er die Bürde seiner scheinrevolutionären Phraseologie abwirft und endlich wagen wird, *zu scheinen, was er ist, eine demokratische Bewegung zu sozialistischer Reform.*«

\*

Konrad Heiden macht in seinem Buche »Hitler, Das Leben eines Diktators« (Europa-Verlag Zürich, 1936) folgende treffende Bemerkungen:

»*Es ist das geschichtliche Unglück des Kommunismus, daß er in fast allen Ländern der Welt stark genug gewesen ist, seine Gegner zu erschrecken, aber nirgends stark genug, sie zu besiegen.* Er hat damit gegen eine Grundlehre Macchiavellis verstoßen: daß man einen Gegner, den man reize, auch müsse vernichten können; sonst dürfe man ihn nicht reizen, sondern müsse sich mit ihm versöhnen. *Der Kommunismus wurde so zum Ferment des Faschismus — er schweißte das Bürgertum zusammen, und wo Kommunismus und Faschismus zusammenstießen, ist bisher der mit allen Hilfsmitteln der bestehenden Gesellschaft ausgerüstete Faschismus Sieger geblieben.* Während der Faschismus grundsätzlich die ganze Nation hinter sich zu sammeln sucht, um sich zuletzt gegen einen einzigen Feind, nämlich den Marxismus, zu werfen, *sammelt der Kommunismus praktisch nur einen Teil des Proletariats* (wenn auch in der irrigen Meinung, damit die Volksmehrheit zu erfassen) und wendet sich praktisch gegen die Mehrheit der Nation.«

Die Tragödie der europäischen Arbeiterbewegung hat 1920 mit der auf Moskaus Befehl in allen Ländern vollführten Spaltung der Sozialdemokratischen Partei ihren Anfang genommen. Diese Spaltung bedeutete eine ungeheure moralische und materielle Schwächung der

sozialistischen Arbeiterbewegung, und sie bewirkte andererseits, daß das Kleinbürgertum mit dem von der gesamten Reaktion, namentlich aber vom Faschismus und Nationalsozialismus erzeugten Bolschewisten- oder Kommunistenschreck bis auf den heutigen Tag allüberall der Reaktion dienstbar gemacht werden konnte. *Georg Decker* hat darauf unter Berufung auf die deutsche Entwicklung schon vor Jahren in seiner Broschüre »Revolution und Revolution« hingewiesen, indem er dort unter anderem bemerkte:

»Die Nationalsozialisten wissen genau, was sie tun, wenn sie die kommunistische Gefahr kolossal übertreiben und jeden Gegner ihres Systems als Kommunisten hinzustellen versuchen.«

Darum trifft auch nicht daneben, was die *Exekutive der englischen Arbeiterpartei* in ihrem im Frühjahr 1933 veröffentlichten, die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnenden Manifest erklärte:

»So wie die wahnsinnigen Ausschreitungen des Zarismus die Diktatur der Kommunisten in Rußland möglich gemacht haben, hat umgekehrt die Furcht vor der Diktatur des Proletariats die eiserne Diktatur des Kapitalismus und des Nationalismus auf den Plan gerufen.«

Moskaus Zerstörerarbeit innerhalb der europäischen Gesamtbewegung des Proletariats war der Ausfluß einerseits einer völligen Verkennung der Verhältnisse in den nichtrussischen Gebieten Europas, Verhältnisse, auf die sich nun einmal die kommunistische Revolutions- schablone nicht anwenden ließ und nicht anwenden läßt, andererseits eines *Machtwahns*, der den Bolschewismus nach seinem Sieg über alle anderen russischen Parteien ergriffen hatte. Dieser Machtwahn, blind für jede Realität, kam nie und nirgends so drastisch zum Ausdruck als in der nachstehend zitierten Prophezeiung, die der am 25. August 1936 mit 15 anderen auf Stalins Befehl erschossene *Sinowjew* als damaliger *Vorsitzender der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919* aufstellte:

»Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjet-Republiken: in Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zur Zeit, wo diese Zeilen im Druck erscheinen, wir bereits nicht drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjet-Republiken haben werden. *In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen.* Es kann vielleicht so kommen, daß sogar in England der Kapitalismus noch ein Jahr oder das andere neben dem Kommunismus weiterexistieren wird, der über das ganze europäische Festland den Sieg davongetragen haben wird. Aber für lange ist eine solche Symbiose unmöglich.«

Bei diesen heute doppelt komisch anmutenden Prophezeiungen mußte man schon zur Zeit, da sie niedergeschrieben wurden, unwillkürlich an folgenden Ausspruch *Lenins* denken, der es sich gestatten konnte, die brutalsten Wahrheiten rücksichtslos auszusprechen:

»Viel wird bei uns geschrieben, weil so zu schreiben im Kommunistenstaat üblich und anders zu schreiben verboten ist. Nützlicher als diese kommunisti-

*schen Lügen* (deren ich von Amtes wegen so viele lesen muß, daß mir manchmal zum Sterben übel wird), viel nützlicher ist uns die rauhe Klassenwahrheit.«

Das Schicksal Sinowjews und der anderen Vertreter der alten Bolschewistengarde, die am 25. August 1936 von den Kugeln Stalins niedergestreckt wurden, erhärtet ein neues Mal die Wahrheit folgender Sätze, die schon vor einer Reihe von Jahren von einem ehemaligen deutschen Kommunisten zu Papier gebracht wurden:

*»Noch keiner ist bei den Kommunisten an Altersschwäche gestorben. Noch keine Partei hat so viele Verräter geboren. Der Weg zur Machtergreifung scheint links und rechts von Galgen bester Freunde umrahmt zu sein. Der Verrat gehört zur Magna Charta ihrer Organisation.«*

\*

Die Doppelzüngigkeit und Unehrllichkeit, die in der Zustimmung des Sekretariates der schweizerischen Kommunistischen Partei zu den vom Berner Gewerkschaftskongreß beschlossenen »Richtlinien« liegt, kommt einem noch mehr zum Bewußtsein, wenn man sich vor Augen führt, *welche Bedingungen* der heutige Vorsitzende der *Kommunistischen Internationale, Dimitroff*, am letztjährigen 7. Kongreß der Komintern als *Voraussetzung einer Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten* proklamiert hat:

*»In der Ueberzeugung, daß die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats und der Erfolg der proletarischen Revolution gebieterisch erfordern, daß in jedem Lande eine einheitliche politische Massenpartei der Arbeiterklasse bestehe, stellt der Kongreß den kommunistischen Parteien die Aufgabe, gestützt auf den wachsenden Drang der Arbeiter zur Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien oder einzelner Organisationen mit den kommunistischen Parteien, die Initiative in der Frage dieser Vereinigung in ihre Hand zu nehmen. Dabei muß man aber den Arbeitern unbedingt klarmachen, daß eine solche Vereinigung nur bei einer Reihe von Bedingungen möglich ist: unter der Bedingung der völligen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und der völligen Zerreißung des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, unter der Bedingung der vorhergehenden Verwirklichung der Aktionseinheit, unter der Bedingung der Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form der Sowjets, unter der Bedingung der Ablehnung der Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im imperialistischen Krieg, unter der Bedingung des Aufbaus der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, der die Einheit des Wollens und Handelns gewährleistet und der durch die Erfahrung der russischen Bolschewiki erprobt worden ist ...«*

Was Dimitroff da im Sommer 1935 verkündet hat, ist seither nie außer Kraft gesetzt worden. Dennoch haben es die KP.-Führer in der Schweiz fertiggebracht, am 12. Oktober 1936 Richtlinien und Grundsätzen zuzustimmen, die zu den oben zitierten Forderungen Dimitroffs in denkbar schroffem Gegensatz stehen.

Von der »brüderlichen Gesinnung«, welche die führenden Kommunisten für jene hegen, mit denen sie Einheitsaktionen durchführen, mit denen sie sogar eine feste Einheitsfront schließen wollen, haben wir

Sozialdemokraten im Zusammenhang mit dem Moskauerprozeß einige höchst überzeugende dokumentarische Beweise empfangen. In Heft 9 (September 1936) der »Kommunistischen Internationale«, Zeitschrift des Exekutivkomitees der Komintern, läßt sich deren Vorsitzender, *Georgi Dimitroff*, unter anderem also vernehmen:

»... Noch jedesmal, wenn das proletarische Gericht der Sowjetunion sein strafendes Schwert auf Schädlinge niedersausen ließ ... traten zum Schutze dieses konterrevolutionären Lumpenpacks solche *reaktionären* Führer wie *Citrine*, *Adler* und andere als Fürsprecher auf, und oft war die Sympathie der *reaktionären Führer der Sozialistischen Arbeiter-Internationale* und des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* nicht auf seiten der Arbeiter und Kolchosbauern der Sowjetunion, sondern auf seiten ihrer grimmigsten Feinde, wenn Organe der proletarischen Diktatur Agenten des ausländischen Faschismus, die Attentate auf Führer des Landes des Sozialismus vorbereitet hatten, auf frischer Tat ertappten ...

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß *Hitler* und *Mussolini*, die *Generäle Franco und Mola* — die Mörder des spanischen Volkes —, die Faschisten Frankreichs und anderer Länder, alle geschworenen Feinde der Einheit der Arbeiterklasse und der einheitlichen Volksfront, alle Feinde der Demokratie, des Sozialismus in der Sowjetunion diesen schändlichen Akt begrüßen werden, denn das Hervortreten *Citrines* und *Adlers* ist *gerichtet auf die Vertiefung der Spaltung in den Reihen der Arbeiterbewegung der ganzen Welt und gießt Wasesr auf die Mühlen der Weltreaktion.*«

Der Vorsitzende der Komintern hält sich hier getreulich an den »vornehmen Stil«, den sein Herr und Meister, *Stalin*, zuvor so souverän gehandhabt hat. Am 23. August 1936 kam aus Moskau eine Meldung der amtlichen sowjetrussischen Telegraphenagentur, die gegen das Telegramm polemisierte, welches vom Präsidenten und Sekretär der *Sozialistischen Arbeiter-Internationale* sowie vom Präsidenten und Sekretär des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre der Sowjetunion gerichtet war und in dem darum gebeten wurde, am Prozeß gegen die 16 sogenannten trotzkistischen Verschwörer Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung teilnehmen zu lassen.

*Stalin* antwortete auf dieses gewiß sehr anständige telegraphische Gesuch mit einem Artikel in der »Prawda«, in dem nach dem Auszug, den die sowjetrussische Telegraphenagentur nachher in der ganzen Welt verbreitete, behauptet wurde, *de Brouckère*, *Adler*, *Citrine* und *Schevenels* hätten ihre Stimme zum Schutze von Mördern erhoben, welche die schmutzigste Arbeit mit direkter Hilfe der Faschisten, dieser Henker der deutschen Arbeiterklasse, und mit direkter Hilfe der faschistischen Gestapo gemacht hätten. Die genannten vier Genossen an der Spitze der beiden Internationalen wurden als *Verteidiger der Agenten deutscher Faschisten* beschimpft, der *widerlichen Heuchelei* beschuldigt und der *Solidarität mit den Urhebern der Mordpläne an Kirow und Stalin* bezichtigt. Zum Schluß wurde gesagt, es gebe nichts Gemeinsames zwischen der Solidarität der Werktätigen in der ganzen Welt mit den spanischen Arbeitern, die im Kampf gegen den Faschis-

mus stünden, und zwischen dem *niederträchtigen Auftreten der vier verachtungswürdigen Verteidiger aus der Zweiten Internationale zum Schutz faschistischer Terroristen und Agenten der Gestapo.*

\*

Heute müssen wir sagen, daß bei Bewertung der vom siebenten Kongreß der Komintern ausgehenden neuen kommunistischen Einheitsfrontangebotes Karl Kautsky recht behalten hat, als er im Dezember 1935 in der »Zeitschrift für Sozialismus« schrieb:

»Von dem Beginn ihres Wirkens an waren die Bolschewisten ein Element der Parteispaltung, und dadurch der Schwächung der Arbeiterbewegung. Sie mußten es sein, *sobald* sie mit der Diktatur ernst machten. Bloß auf dem Boden der Demokratie können verschiedene Richtungen der Arbeiterbewegung zu einem gemeinsamen Ziel einhellig zusammenarbeiten. Zu den verschiedensten Malen haben sich die Kommunisten unter den mannigfachsten Vorwänden und Verkleidungen in die freie Arbeiterbewegung einzuschleichen versucht, stets mit dem Ziele, die Organisation dieser Bewegung entweder Moskau gefügig zu machen oder sie zu sprengen. *Die große Gefahr besteht, daß auch das neueste Einheitsfrontmanöver auf das gleiche Ergebnis und damit auf eine neuerliche Schwächung der Arbeiterbewegung hinausläuft.*«

---

## Partei und Angestelltenschaft

### Ein Beitrag zur Agitation unter den Angestellten

Von Heinrich Ritter

Die schweizerische Arbeiterschaft, die zum Banner des Sozialismus steht und die den Kampf gegen Krise und Not, für eine planmäßige Wirtschaftsgestaltung führt, ist allein zu schwach, diesen Kampf mit Erfolg durchzuführen. Wenn wir die schweizerische Wirtschaft umgestalten wollen, so müssen wir im Besitze der politischen Macht sein. Die politische Macht aber werden wir nur dann erobern, wenn das gesamte werktätige Volk mit uns kämpft.

Viele unserer Parteifreunde setzten große Hoffnungen auf den 27. Oktober 1935. Wenn sie auch nicht mit einem totalen Sieg unserer Partei rechneten, so hofften sie doch auf einen Erfolg. Der Erfolg blieb aus. Große Volkskreise, die bestimmt antikapitalistisch gesinnt sind, schenkten uns ihr Vertrauen nicht. Das zeigt uns, daß unsere Ideen und unser Programm im Volke draußen noch zuwenig Wurzeln gefaßt haben. Sonst wäre es nicht dazu gekommen, daß große Teile der Angestelltenschaft wiederum mit dem Bürgertum gestimmt haben.

Die Arbeiter des Kopfes, und zwar die große Masse dieser Arbeiter, wie Zeichner, Techniker, Kaufleute usw., leiden ebenso schwer unter der Krise wie die Handarbeiter. Die Lage, in der sich das Personal der öffentlichen Dienste befindet, ist nichts weniger als rosig; die Lage der Angestellten aber ist als mißlich zu bezeichnen. Der gesamte Lohnabbau, den die schweizerische Privatangestelltenschaft bis heute schlucken mußte, schwankt zwischen 15 bis 30 Prozent. Ganz besonders